

---

# **Norbert Blüm:** **Gerechtigkeit für die Regionen**

## **Das Revier braucht Hilfe**

---

Dr. Norbert Blüm, geb. 1935 in Rüsselsheim/M., ist seit 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und seit 1987 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt sind Geschwister. Das zeigt unsere gesamte Sozialgeschichte. So wichtig christliche Barmherzigkeit als Impulsgeber für soziale Entwicklungen auch ist - wo eine Gesellschaft nicht auf dem Prinzip der Gerechtigkeit beruht, kann der soziale Friede nicht Bestand haben.

Schon Bismarcks Sozialgesetzgebung - die Idee einer Sozialversicherung - hatte als Grundlage die Gerechtigkeit: Der Arbeitnehmer wurde nicht nur als Objekt öffentlicher Fürsorge betrachtet, sondern als aktiver Partner einer solidarischen Selbsthilfeeinrichtung.

Solidarität - Motor, aber auch Ziel des Kampfes der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften - ist die Konkretisierung der Idee der Gerechtigkeit. Denn Solidarität ist niemals die Einbahnstraße der offenen Hand. Solidarität ist nur denkbar als Verbund des Gebens und Nehmens.

Das Beziehungsgeflecht in unserer Gesellschaft steht unter dem Gebot von Solidarität und Gerechtigkeit. Beides muß Bestandteil einer sozialen Ordnungspolitik sein. Denn Ordnungspolitik besteht nicht nur im Anerkennen marktwirtschaftlicher Wirkungsmechanismen. Ordnungspolitisch zwingend muß auch eine Sozialpolitik sein, die den Anspruch erhebt, über den Tag hinaus zu wirken.

Die Regionen der Bundesrepublik hatten nach dem Krieg unterschiedliche Startchancen. Die Teilung Deutschlands und die Notwendigkeit, Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zu integrieren, haben diese Unterschiedlichkeit zum Teil verstärkt. In der schweren Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und bei der Gestaltung unserer demokratischen Ordnung galt der selbstver-

ständige Grundsatz, daß eine innerstaatliche Solidarität zum Ausgleich unterschiedlicher Entwicklungschancen beitragen mußte. Das „Notopfer Berlin“ und die Zonenrandförderung sind augenfällige Symbole dieser gesamtstaatlichen Solidarität.

Aber die Entwicklung hat gezeigt: Regionale Strukturpolitik bleibt erforderlich, auch wenn krasse Notzeiten überwunden sind. Denn struktureller Wandel - das Erkennungszeichen einer dynamischen Wirtschaft - vollzieht sich nicht harmonisch. Und er trifft die Regionen mit unterschiedlicher Intensität.

Was geht es uns an? Muß sich denn die Bundesrepublik wie ein Geleitzug entwickeln, bei dem die stärkeren Regionen die Fußkranken mitziehen? Um es auf das Ruhrgebiet zuzuspitzen: Was geht es die revierfernen Länder an, wenn die Kohlenachfrage stockt, wenn Stahl zu wenig Absatz findet?

Die Frage wäre berechtigt, wenn die Probleme dieser Region ausschließlich selbst verschuldet wären. Aber das beschreibt die Situation falsch. Es gibt eine Gemengelage. Das Ruhrgebiet ist wirtschaftlich gewachsen als Montanregion. Kohle und Stahl waren historisch die Wegbegleiter der Industrialisierung, auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie Motor der wirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Landes und - mehr noch - Überlebenshelfer der ganzen Nation.

Seit den fünfziger Jahren - als die Montanindustrie den wirtschaftlichen Höhepunkt erreichte - erleben Kumpel und Stahlkocher einen harten und unbarmherzigen Anpassungsdruck.

Seitdem ist die Zahl der im Bergbau Beschäftigten von 600 000 auf nunmehr rund 160 000 gesunken; im Stahlbereich gingen allein seit 1974 über 100 000 Arbeitsplätze verloren. Produktions- und Förderanlagen wurden ständig auf dem neuesten technischen Stand gehalten. Die heutigen Probleme von Kohle und Stahl haben ihre Ursache also nicht in einer verschlafenen Anpassung, sondern in Faktoren, die durch Unternehmen und Politik kaum beeinflußbar sind. Bei der Kohle sind unsere Abbaubedingungen schwieriger als in Konkurrenzländern, während gleichzeitig die Kohlenachfrage sinkt. Und beim Stahl müssen unsere Unternehmen gegen hochsubventionierte Auslandskonzerne antreten und sich auf einem von immer mehr neuen Anbietern überschwemmten Weltmarkt behaupten.

Der Markt als alleiniges Steuerungsinstrument kann die Probleme im Revier nicht in sozial akzeptabler Weise lösen. Denn ohne soziale Abfederung des wirtschaftlichen Wandels käme es dort zu einem Strukturbruch. Deshalb braucht das Ruhrgebiet Hilfe, und es bekommt diese Hilfe in einem Rekordumfang. Allerdings ist die erforderliche Hilfe eine Gratwanderung. Denn sie darf nicht so ausgestattet werden, daß strukturelle Anpassung unterbleibt. Die Erfahrung lehrt, daß versäumter oder verspäteter struktureller Wandel sich durch eine spätere Verdoppelung der Probleme rächt.

Freilich trifft die Entwicklung des Reviers nicht überraschend. Die Umstrukturierung ist ein seit drei Jahrzehnten laufender Prozeß. Wenn jedoch auch heute noch - trotz der inzwischen stark gesunkenen Bedeutung der Montanbereiche - die andauernde Krise bei Kohle und Stahl so verheerend wirkt, dann belegt dies politische Versäumnisse vor Ort: denn offenkundig wurde versäumt, den Rückzug traditioneller Industrien durch den Aufbau oder die Ansiedlung neuer zu kompensieren. Trotz optimaler Voraussetzungen bei der Bevölkerungs- und Infrastruktur haben sich neue Betriebe und vor allem Zukunftsbranchen aber eher im Süden der Republik angesiedelt.

Es gab über lange Jahre eine unheilige Allianz der Konzerne und der örtlichen Politik zur Verhinderung von Ansiedlungen. Die Konsequenzen zeigen sich heute. Und da Arbeitsplätze nicht über Nacht entstehen, erlebt das Revier den Strukturwandel als schmerzliche Phase hoher Arbeitslosigkeit.

Die gesamte Bundesrepublik ist hier gefordert. Nicht als Lückenbüßer für Versäumnisse des Landes, sondern in einer Mitverantwortung für die Folgenbewältigung von Entwicklungen, die von den Betroffenen nicht steuerbar waren. Es gibt eine Dankesschuld gegenüber denen, die in der Vergangenheit selbst Helfer in der Not waren. Daneben gilt das für alle durchaus eigennützige Motiv, daß alle Bundesländer energiepolitische Sicherheit benötigen. Denn die Energiepolitik unserer Volkswirtschaft kann sich nicht an den Tagesnotierungen für Öl oder Kohle auf den Weltmärkten orientieren; sie muß langfristig angelegt und auf Sicherheit ausgerichtet sein.

Die Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler wird von allen Beteiligten als Erfolg betrachtet. Sie hat sich nicht auf unverbindliche Solidaritätsbekundungen beschränkt, sondern eine Milliarde DM für konkrete Projekte auf den Tisch gelegt, die von Bund und Land gemeinsam aufgebracht werden. Dieses Zusammenspiel zeigt, welchen Weg die Solidarität der Regionen gehen muß: Hilfen des Bundes sollen Ergänzungen für Eigenanstrengungen sein. Denn das Prinzip Gerechtigkeit verlangt, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Problemregionen wollen und sollen nicht zum daueralimentierten Kostgänger des Bundes oder anderer Länder gemacht werden. Es geht um Hilfe, besondere Lasten tragen zu können. Dabei hat das Gerechtigkeits-Erfordernis zwei Seiten: die Perspektive des Empfängers und die Interessenlage des Gebers. Beides muß sorgfältig austariert werden, keine Seite darf überfordert werden. Und auf Geberseite muß zusätzlich beachtet werden, daß der Mitteltransfer nicht mit einer Benachteiligung anderer Regionen verbunden ist.

Als der Papst im vergangenen Jahr das Revier besuchte, sagte er: „Die Lebenskraft des Ruhrgebietes ist die Solidarität.“ Diese Solidarität der Menschen kann große Kraft entfalten; Voraussetzung ist, daß sie die Chance dazu haben. Hierzu Gelegenheit zu geben, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Ohne Hilfe des Bundes und - bei der Kohle durch Aufrechterhaltung des Jahrhundertvertrages - auch der revierfernen Länder ist diese Kraftanstrengung nicht möglich.

Es geht nicht um eine Exklusivhilfe für das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Es geht um die Konkretisierung des Grundgedankens eines föderativen Staates: sich bei Problemen, die von einer Region mit eigenen Mitteln nicht bewältigt werden können, zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung zusammenzufinden.